

und einer Zerrüttung des sittlichen Bewußtseins. Die *Hemmschwellen* – so der Bischof sinngemäß – würden erkennbar niedriger.

Es ist zwar zu befürchten, daß das Bild von der Hemmschwelle die Situation ziemlich genau trifft.

Den Hinweis auf eine generelle moralische Krise, gar wenn diese mit Glaubensverfall oder Kirchenferne zu tun haben soll, wird man sich freilich etwas genauer anschauen müssen. Gaunereien, kleineren, größeren und allergrößten Ausmaßes hat es in „christlicheren“ Zeiten, als es die unsere ist, kaum weniger und seltener gegeben als heute. Wenn ein schwäbischer Weinhändler im Südbadischen noch 1706 hingerichtet wurde, weil er sein Produkt gesundheitsgefährdend gepanscht hatte, so ist das wohl auch als Hinweis zu werten, daß das unglückselige Wein-Glykol-Phänomen auch in seiner moralischen Zuspitzung so neu nicht ist. Die Moral war damals offenbar nicht besser, aber die *Strafen* waren strenger und die Folgen der bösen Tat blieben demnach begrenzt.

Gewaltig gewandelt haben sich freilich die *Umstände*, unter denen so einfache menschliche Handlungen wie Produktgewinnung und Produktverarbeitung – ob es sich dabei um das Produkt selbst oder um den Produktionsvorgang handelt – heute stattfinden. Parallel zur emotionalen Entfernung zwischen dem eigenen Tun und dessen möglichen Ergebnis verändert sich durch die industriellen Fertigungsprozesse und die großtechnischen Anlagen das Verhältnis von Ursache und Wirkung.

Scheinbar kleine Gaunereien oder auch nur Nachlässigkeiten führen zu unabsehbaren Wirkungen. Ob es sich um die Beimengung gesundheitsgefährdender Chemikalien, ob es sich um zufällige oder professionelle Weinpanscher, ob es sich um mangelhaft kontrollierte Staudämme in Italien, wie im Fall Stava im Fleimstal, oder um fehlende Sorgfalt im Umgang mit hochgiftigen Stoffen und den davor schützenden Apparaturen wie im Fall der amerikanischen Union Carbide im indischen Bhopal und jetzt im August im amerikanischen Virginia

handelt: die möglichen oder – in den beiden letzten Fällen – tatsächlichen Folgen sind auf jeden Fall katastrophal.

Das Problem ist also nicht ein angenommener oder tatsächlicher allgemeiner Sittenverfall, sondern ist Herausforderung solcher *moralischen Sensorien*, die wir in unseren speziellen Produktionsverhältnissen besonders brauchen. Zunächst heißt das Stärkung des Verantwortungsbewußtseins insgesamt, und zwar Verantwortung im und am konkreten Vorgang, weil sich zeigt, daß das „schlichteste“ Versagen massenweise Gefährdungen nach sich ziehen kann. Es heißt aber auch: Pflege gerade von Haltungen, die gegenwärtig gerne modisch als Sekundärtugenden abgetan werden: Pflichtbewußtsein (nicht im Blick auf eine formale Norm, sondern auf die Sachverhalte), Zuverlässigkeit, Genauigkeit, Aufmerksamkeit etc.

Eine zunehmend nicht minder große ethische Aufgabe wird es allerdings sein, trotz dieser geforderten Haltungen stets mit menschlichen Unzulänglichkeiten und auch Böswilligkeiten zu rechnen, ohne darüber in kollektive Hysterien zu verfallen.

go

Defizit?

Vom katholischen Bildungsdefizit wird nicht erst geredet, seitdem der Jesuiten-Pädagoge *Karl Erlinghagen* in den frühen 60er Jahren seine Recherchen angestellt und dabei eindeutige Befunde zutage befördert hat. Bereits um die Jahrhundertwende klagte *Georg von Härtling* über das geringere Bildungsstreben bei den Katholiken im Verhältnis zu dem der Protestanten und über die im Verhältnis zum Bevölkerungsanteil geringe Präsenz der Katholiken in Berufen mit höherer Bildung. Und *Carl Muth* machte zunächst als „Veremundus“ mit seiner Kritik an der Unterlegenheit katholischer Belletristik und dann mit dem von ihm gegründeten „Hochland“ (welche Erwartungen man damals

noch in eine Zeitschrift setzte!) die kulturelle Inferiorität der Katholiken gegenüber den Protestanten bzw. deren Überwindung zum Dauerthema. In den letzten zwanzig Jahren taucht immer dann auf, wenn katholischerseits über mangelnde Präsenz in den geistigen, politischen und technischen Führungseliten geklagt wird.

Was in letzter Zeit *Edgar Piel* vom Demoskopischen Institut Allensbach in mehreren Zeitungsbeiträgen vorgelegt hat, macht allerdings in mehrfacher Hinsicht stutzig. Piel stützt sich auf Umfrageergebnisse des Allensbacher Instituts aus dem laufenden Jahr und stellt dabei Bildungsunterschiede zwischen Katholiken und Protestanten fest, die jedes vermutete Ausmaß übersteigen. Nach Piel beträgt der Schüler- und Studentenanteil bei den 16- bis 19-jährigen Protestanten 23 Prozent, bei den Katholiken der gleichen Altersgruppe sind es nur 16 Prozent. Noch höher fällt der Unterschied beim Bevölkerungsanteil mit höherem Schul- bzw. Studienabschluß in der Altersgruppe der 30- bis 40-jährigen aus. 12 Prozent der Protestanten dieser Altersstufe haben Abitur und dazu ein abgeschlossenes Hochschulstudium. Die gleichaltrigen Katholiken erreichen in dieser Altersgruppe gar nur einen Anteil von 6 Prozent.

Selbst wenn man eine demoskopische Unsicherheitsmarge von ca. 2 Prozent nach unten und oben einkalkuliert, ist die Differenz noch größer, als sie selbst die Daten von 1960 und insbesondere die von Anfang der siebziger Jahre vermuten lassen. Eigenartigerweise nimmt Piel keinen Bezug auf die beiden gründlichsten Arbeiten, die seit Erlinghagens Untersuchungen zum gleichen Thema erschienen sind, nämlich die Analyse von *Traute Nellesen-Schumacher* („Sozialstruktur und Ausbildung der deutschen Katholiken“, Weinheim – Berlin 1969) und deren Fortschreibung „Sozialprofil der deutschen Katholiken. Eine konfessionsstatistische Analyse“ (Mainz 1978).

Dabei erwies sich besonders die zweite Studie als interessant. Es zeigte sich dabei, daß zwar die Differenz im Bildungsniveau zwischen Katholiken und Protestanten unter der Erwerbs-

bevölkerung beträchtlich hoch blieb, daß sich aber die Werte der Schulbevölkerung bei den weiterführenden Schulen und auch schon an den Universitäten anzugleichen begannen. Allerdings registrierte Nellessen-Schumacher Mitte der siebziger Jahre bereits wieder eine *rückläufige Tendenz* bei den Katholiken.

Zuverlässige Statistiken aus jüngster Zeit liegen nicht vor. Sicher ist die Vermutung richtig, daß eine beträchtliche Bildungsdifferenz zwischen Katholiken und Protestanten trotz sozialer Chancengleichung zwischen Stadt und Land und kleinstädtischem und großstädtischem Milieu fortbesteht. Das läßt auf die *Fortwirkung fest eingeführter konfessioneller Verhaltensmuster* unabhängig von den tatsächlichen Sozialchancen der jeweiligen Bevölkerung schließen.

Man muß aber wohl auch einige *Unsicherheitsfaktoren*, die mit den demoskopischen Verfahren zusammenhängen, berücksichtigen. Wir kennen zum Beispiel das Phänomen einer beträchtlichen Abweichung der Werte bei den Gottesdienstbesuchern, daß bei Umfragen generell ein höherer Anteil an Gottesdienstbesuchern herauskommt als bei statistischen Zählungen. Man kann daraus nicht nur auf unzulängliche Zähltechniken, sondern auch darauf schließen, daß ein gewisser Bevölkerungsanteil im vis-à-vis zum Interviewer sich eher als Kirchgänger darstellt als dann, wenn es sonntags darauf ankommt. Ein ähnlicher Psychoeffekt ist, das wird von den Demoskopern auch eingeräumt, auch bei der demoskopischen Messung der Bildungsdifferenz zwischen Katholiken und Protestanten nicht auszuschließen.

Daß *Protestanten* über *stärkere Bildungsimpulse* verfügen, ist unbestritten. Aber stärkere Bildungsimpulse können auch unter Umständen zu einem Wissensstand im Selbstbild des einzelnen führen, der näher besehen so gar nicht vorhanden ist. Es entspricht dem auf Autonomie gegründeten, intellektuell regeren Persönlichkeitsbild von Protestanten, daß sie nicht nur ein stärkeres Bildungsstreben entwickeln, sondern im Frage-

stand sich auch stärker auf Bildung verpflichtet fühlen als die von ihrer Konfessionskultur her traditionsgebundeneren Katholiken. Es gilt also, solche Differenzen nicht überzubewerten. Überdies handelt es sich um Auswirkungen von Konfessionskulturen, die sich im Blick auf das Wertegefüge der Gesamtgesellschaft durchaus positiv ergänzen können. Es bleibt allerdings nicht nur der tatsächliche Rückstand der Katholiken bei den Bevölkerungsgruppen mit höherer Bildung, es bleibt auch eine „anradierte“ geringere geistige Regsamkeit. se

Kein Fehlschlag

Das sog. Jubiläumstreffen zur KSZE-Konferenz vor zehn Jahren in Helsinki bot keinen Anlaß zu großem Optimismus. Von all dem, wozu sich die Unterzeichner der KSZE-Akte 1975 in Helsinki bekannten, ist seither nur wenig verwirklicht worden. Im Grunde konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der Anfang August in Helsinki versammelten Außenminister weniger auf die Realisierung der Schlußakte in den letzten zehn Jahren als auf die Möglichkeit, die neue sowjetische Führungsrige außenpolitisch kennenzulernen und sicherheits- und handelspolitisch die nächsten taktischen Schritte zu überlegen.

Schon auf der vorbereitenden Fachkonferenz im Frühsommer in Ottawa ließ sich beobachten, wie schwierig es ist, speziell in der Menschenrechtsproblematik über rein formale Zusicherungen hinauszukommen. Man muß nicht so zynisch sein wie *Bruno Kreisky*, der einmal gesagt hat, für die meisten Politiker – in Ost und West – sei die Menschenrechtspolitik nur eine „façon de parler“ und die Menschenrechtszusicherungen in „Korb 3“ von Helsinki hätten vornehmlich als Paravent gedient, um darüber hinwegsehen zu können, daß gerade in Helsinki der status quo im Osten festgeschrieben wurde. Aber gerade gegenwärtig sieht es nicht so aus, als ob Bürgerrechtler

in der Sowjetunion stärker zum Zug kämen.

Solange sich aber *in der Sowjetunion* nicht ein gewisser Liberalisierungsprozeß durchsetzt, sind der Verwirklichung von Menschenrechten, insbesondere der Gewissens-, Meinungs- und Religionsfreiheit, auch in den anderen osteuropäischen Staaten enge Grenzen gesetzt. Dies läßt sich nicht nur an der Politik dieser Länder ablesen. Man erfährt es ohne viel Mühe selbst im Gespräch mit kommunistischen Funktionären. Da hilft die Beteuerung etwa des „päpstlichen Außenministers“, *Achille Silvestrini*, so zutreffend sie ist, recht wenig, daß „jede Verletzung der Menschenrechte und der Rechte der Nationen den inneren und den äußeren Frieden stört“ (vgl. *Osservatore Romano*, 1. 8. 85).

Dennoch war im Rückblick gesehen die KSZE-Akte kein Fehlschlag. Der Erzbischof von Wien, Franz König – wohl der ostpolitisch und menschenrechtlich versierteste Kardinal der katholischen Kirche – hat in einer eigenen Erklärung zum Außenministertreffen festgestellt, es gäbe Stagnation und gar Rückschritte in manchen Staaten, speziell in der Verwirklichung von Religionsfreiheit, es gäbe in anderen Ländern diesbezüglich aber auch *Fort-schritte*. Man könnte Länder nennen, auf die dies – in engen Grenzen – zutrifft: Ungarn z. B., in mancher Beziehung auch auf die DDR.

Aber die dort erreichten größeren „kleinen Freiheiten“ sind nur ein Punkt. Ein nicht minder wichtiger ist der Umstand, daß Menschenrechtsgruppen und -bewegungen in den Bestimmungen von „Korb 3“ von Helsinki eine Plattform gefunden haben, auf der sie sich nicht zuletzt mit Hilfe westlicher Medien artikulieren können. Dies stärkt die *Sensibilität für Menschenrechtsverletzungen* in den westlichen Demokratien und wirkt indirekt auf osteuropäische Regierungen zurück. Selbst Parteidiktaturen können sich heute das völlige Übergehen der öffentlichen Meinung im Westen nicht mehr leisten. Langfristig kann dies doch zu mehr innerer Öffnung in Ostblockstaaten selbst beitragen.